

14. Wahlperiode

Mündliche Anfragen

zur Fragestunde

in der 20. Plenarsitzung vom 14. Februar 2007

1. Anfrage des Abg.
Hagen Kluck FDP/DVP

Eingang: 23. 01. 2007

Rekrutierungsspiele

- a) Ist das seit Juli 2002 von der amerikanischen Armee zum Download bereitgestellte Computerspiel „Americas Army“, das es seitdem jedem ermöglicht, an Amerikas Kriegen virtuell teilzunehmen und mit seiner beklemmend realistischen Trainings- und Kampfszenerie nach offiziellem Eingeständnis der Rekrutierung von Soldaten dienen soll, nach Erkenntnissen der Landesregierung ein sogenanntes Killerspiel?
- b) Ergibt sich für die Rekrutierungsspiele der Air Force, der National Guard und der Navy eine andere Beurteilung?

2. Anfrage des Abg.
Rainer Stickelberger SPD

Eingang: 25. 01. 2007

Ruhegehaltsanspruch kommunaler Wahlbeamter bei Straffälligkeit

- a) Teilt die Landesregierung die im Dezember 2006 publik gewordene Auffassung des Kommunalen Versorgungsbands Baden-Württemberg (KVBW), dass die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum Verlust von Ruhegehaltsansprüchen nicht auf kommunale Wahlbeamte anzuwenden sind, die nach Vollendung der zweiten Wahlperiode straffällig geworden sind?
- b) Wie gewährleistet das Innenministerium im Rahmen seiner Rechtsaufsicht über den KVBW, dass bei strafbaren Handlungen kommunaler Wahlbeamter auch nach Ablauf von 16 Dienstjahren angemessene beamtenrechtliche Sanktionen greifen?

3. Anfrage des Abg.
Gunter Kaufmann SPD

Eingang: 09. 02. 2007

Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate

- a) Wie wird die Landesregierung über die an sie gerichtete Forderung der Stadt Rastatt entscheiden, die Ziffer IV „Muttersprachlicher Zusatzunterricht durch die Konsulate“ in der Verwaltungsvorschrift „Unterricht für ausländische Schüler ...“ vom 24. November 2000 ersatzlos zu streichen und wie bewertet sie dieses Anliegen?
- b) Wird die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, eine Korrektur der Haltung der Stadt Rastatt zu erreichen, die sich weigert, für den Muttersprachlichen Zusatzunterricht Schulräume in städtischen Schulen zur Verfügung zu stellen?

Ausgegeben: 13. 02. 2007